



JOE RAEDLE / GETTY IMAGES

Offshore-Geschäfte

Eine Firma namens Beethoven

Ein Luxushotel in Frankfurt am Main gehört teilweise einer Briefkastengesellschaft in Panama.

Hinter einem der größten Immobilienprojekte in Frankfurt am Main steht offenbar eine Briefkastenfirma im Steuerparadies Panama. Für mehr als 250 Millionen Euro soll am Opernplatz unter anderem ein Luxushotel mit 150 Zimmern entstehen. Die Besitzer der exklusiven Immobilie verbergen sich hinter einem Firmengeflecht: Offizieller Eigentümer ist das Münchner Unternehmen Opernplatz GmbH & Co. KG. Dessen größter Kommanditist ist laut Handelsregister eine Luxemburger Firma namens Beethoven One S.à.r.l., die wiederum einer zweiten Gesellschaft in Luxemburg, der Beethoven Holdco S.à.r.l., gehört. Alleiniger Gesellschafter dieses Unternehmens schließlich ist die Alpine Investments Company Corp. – eine Briefkastenfirma in Panama City. Deren Gesellschafter sind anonym, aufgrund panamaischer Gesetze müssen sie in den Registerunterlagen nicht namentlich ge-

nannt werden. Auch der Projektentwickler des Frankfurter Vorhabens, die Münchner Cells Bauwelt GmbH, wollte dem SPIEGEL nicht sagen, wer sich hinter der Alpine Investments verbirgt. Einen detaillierten Fragenkatalog ließ der Chef von Cells Bauwelt, Christian Elleke, unbeantwortet. Dessen Anwalt teilte dem SPIEGEL mit, er habe seinem Mandanten empfohlen, sich nicht zu äußern, da „die gestellten Fragen“ erkennen ließen, „dass mit einer fairen Berichterstattung nicht zu rechnen“ sei. Die Alpine Investments war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Die Firma wurde am 8. März 2013 in Panama City gegründet, am selben Tag und von denselben Personen wie eine andere Briefkastenfirma, Dorado, die über die Luxemburger Mozart Holdco S.à.r.l. an einem weiteren Projekt von Cells Bauwelt beteiligt ist – dem Ku'damm Karree in Berlin (SPIEGEL 15/2016). mab, srö, was

Steuervermeidung

Transparent – aber bitte nicht zu sehr

Die Bundesregierung steht dem Plan der EU-Kommission, europäische Großkonzerne zu einer weitgehenden Veröffentlichung von Unternehmensdaten zu verpflichten, kritisch gegenüber. Zwar sei es „im Sinne einer geordneten Steuererhebung und der Steuerfairness sinnvoll“, diese Informationen den Steuerbehörden zur Verfügung zu stellen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Michael Meister (CDU) im Finanzausschuss des Bundestags. Dies solle aus Sicht der Bundesregierung allerdings „ausschließlich für Zwecke der Steuererhebung“ gelten. Die EU-Kommission schlägt dagegen vor, dass Konzerne mit

einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen Euro künftig Daten wie den Gewinn, Steuern und den Gesamtumsatz öffentlich machen – und zwar auch die in Steuerparadiesen erzielten Summen. Dieses sogenannte Country-by-Country-Reporting soll international tätigen Konzernen die Möglichkeit nehmen, die unterschiedlichen Steuersysteme einzelner Staaten zu nutzen, um ihre Steuerlast zu senken. Im Zuge der Berichterstattung über die Panama Papers hatte die Kommission ihren Vorschlag weiter verschärft. Der Bundesregierung geht der Vorstoß zu weit, wie sich aus dem Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses vom 16. März ergibt. Die Daten, die für die Steuerbehörden gewonnen würden, unterlägen dem Steuergeheimnis, sagte Meister und sprach sich dagegen aus, sie breiter zu streuen. mp, pau

Internetportale

Besser vergleichen

Vergleichsportale im Internet sollen künftig offenlegen, mit welchen Suchkriterien sie arbeiten und wie viel sie von Produktanbietern kassieren. Dieser Vorschlag aus Hessen

hat gute Chancen, auf der nächsten Sitzung der deutschen Verbraucherschutzminister kommende Woche umgesetzt zu werden; ihre Amtschefs haben sich bereits dafür ausgesprochen. Die hessische Initiative sieht vor, den Betreibern der Portale zu-

nächst ein Jahr Zeit zu geben, freiwillig für mehr Transparenz und höhere Qualitätsstandards zu sorgen. Anschließend sollen sie notfalls per Gesetz dazu gezwungen werden. Weil viele Portale sich über Werbung und Vermittlungsprovisionen finan-

zierten, werde möglicherweise nicht immer das aus Verbrauchersicht beste Angebot an erster Stelle angezeigt, argumentieren der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) und die Verbraucherschutzministerin des Landes, Priska Hinz (Grüne). mab